

Allgemeiner Anzeiger.

Amtsblatt

für die Ortsbehörde und den Gemeinderat zu Bretzig.

Der Allgemeine Anzeiger erscheint wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend. Abonnementspreis: vierteljährlich ab Schalter 1,05 Mk. bei freier Zustellung durch Posten ins Haus 1 Mark 25 Pfennige, durch die Post 1,05 Mark auschl. Bestellgeld. Bestellungen nehmen auch unsere Zeitungsboten gern entgegen.

Inserate, die 4 gespaltene Korpuszeile 12 Pfg. für Inserenten im Advertis, für alle übrigen 15 Pfg., im amtlichen Teil 20 Pfg., und im Kellameteil 30 Pfg., nehmen außer unserer Geschäftsstelle auch sämtliche Annoncen-Expeditionen jederzeit entgegen. Bei größeren Aufträgen und Wiederholungen Rabatt.

Lokal-Anzeiger für die Ortshaften Bretzig, Großröhrsdorf, Hauswalde, Frankenthal und Umgegend.

Inserate bitten wir für die Mittwoch-Nummer bis Dienstag vormittags 11 Uhr, für die Sonnabend-Nummer bis Freitag vormittags 11 Uhr einzusenden.

Schriftleitung, Druck und Verlag von A. Schurig, Bretzig.

Nr. 15.

Mittwoch, den 21. Februar 1917.

27. Jahrgang

Volksküche Bretzig.

Nach bekanntgewordenen abfälligen Auslassungen scheinen gewisse Speisbezieher noch kein Verständnis für die kriegswirtschaftliche Bedeutung der Volksküchen wie überhaupt für gemeinnützige Hilfsbereitschaft in dieser schweren Zeit des Krieges zu haben. Hieraus lassen gebührendes Tadeln der Mahlzeiten, lästerhafte Verdächtigungen der Beteiligten, ja sogar verwerflicher Mißbrauch mit den Speisen (Verfütterung an Haustiere) schließen!

Es werden daher alle Betroffenen, die an unserer Volksküche zu maheln haben, hierdurch aufgefordert, ihre Bezüge einzustellen und denjenigen Platz zu machen, die die Einrichtung der Volksküche als Wohltat empfinden und gern noch in Anspruch nehmen möchten.

Zugleich werden alle verständigen Gemeindeglieder gebeten, uns durch Namhaftmachung vorkommender Verstärkungen zu unterstützen und somit zu deren sofortiger verbesserter Ausschließung zu verhelfen.

Der Volksküchen-Ausschuß.

Kurze Nachrichten.

In der Gegend von Armentieres, südwestlich Lille, am La-Bassée-Kanal und bei Nanfant scheiterten starke englische Gefundungsvorstöße. Bei einem neuen Angriff der Engländer beiderseits der Ancre wurden 130 Gefangene gemacht; dem Gegner wurden die vorderen Trichterstellungen überlassen.

Staatssekretär Dr. Helfferich hielt auf der Vollversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrats eine bedeutsame Rede über Deutschlands und Englands Versorgung.

Gegenüber englischen Andeutungen über versenkte Unterseeboote wird festgestellt, daß seit dem 1. Februar von der Versenkung eines Unterseebootes an maßgebender Stelle nichts bekannt ist.

Der amerikanische Personendampfer „Philadelphia“ hat von Liverpool aus die Fahrt durch das Sperrgebiet nach New York angetreten.

An der Westfront scheiterten zahlreiche Unternehmungen des Feindes an der Wachsamkeit unserer Grabenbesatzungen.

Südlich Brzegany wurde ein nach starker Minenverservorbereitung erfolgter feindlicher Angriff abgewiesen.

An der italienischen Front brachten Patrouillen von einer Unternehmung östlich des Monte Zebio, nördlich von Asiago, Gefangene ein.

An der mazedonischen Front wurden zwei feindliche Flugzeuge abgeschossen.

An den Dardanellen schoß Leutnant Meincke ein englisches Flugzeug ab.

Die englisch-französischen Postverbindungen sind seit mehreren Tagen unterbrochen.

Das amerikanische Kriegsdepartement traf Anstalten zur Anwerbung von Freiwilligen für Heer und Flotte in allen Gebieten der Union.

Der russische Minister für Handel und Industrie ließ der Kammer eine Vorlage über die Schaffung einer russischen Handelsflotte zu gehen.

Der Führer des Unterseebootes, das neulich an einem Tage 52 000 Tonnen versenkt hat, ist Kapitänleutnant Pegg.

Der Londoner Korrespondent des „Corriere della Sera“ meldet, daß die neutrale Tonnage ganz ausfalle und daß die alliierten Handelsdampfer, die englische Häfen anlaufen, kaum einige Duzend betragen.

Ein neutrales Urteil über die Wirksamkeit unserer Unterseeboote.

Das Berner „Intelligenzblatt“ vom 16. Februar schreibt: „Es ist zweifellos verfehlt, wenn die Entente in der Ankündigung des verschärften deutschen Unterseebootkrieges weniger eine vor dem deutschen Volke verlangte Kriegsmaßnahme als vielmehr einen politisch-militärischen „Bluff“ der Berliner Regierung zu erblicken vorgibt. Wir schreiben absichtlich „vorgibt“, denn die Auslegung, die die alliierte Presse in ihrer Mehrheit der deutschen Maßnahme gibt, dürfte weniger ein Produkt reiflicher Erwägung als vielmehr ein Notbehelf sein, dazu bestimmt, dem eigenen Volke die Unruhe zu verbergen, die allii-

erte Marinekreise angesichts der deutschen Unterwasser-Offensive beschleicht. Daß solche Unruhe besteht, wurde nicht erst durch das freimütige Eingeständnis englischer Staatsmänner ersichtlich, sondern tut sich täglich zwischen den Zeilen aller Zeitungsartikel kund, die, mehr oder weniger sachmännlich aufgeputzt, Abwehrmaßnahmen anpreisen. Ungedruckt, aber deswegen nicht minder erkennbar, sehen wir da, wie Befürchtungen und Zweifel gerade diejenigen beschlichen haben, die einzig in der Lage sind, die neue deutsche Gefahr einigermaßen real einzuschätzen, die nicht auf den Wind mit dem Torpedo warten müssen, bis ihnen die Augen aufgehen. Das erhöht ja neben dem tatsächlichen den moralischen Wert der deutschen Unterseeboote-Waffe um ein Beträchtliches, daß der Feind ihr kein präzises arbeitendes Abwehrinstrument entgegenstellen kann. Vollends, seit die neuesten Unterseeboottypen ihre Angriffe ganz unter Wasser ausführen, d. h. ihre Torpedos aus der Versenkung abgeben, befindet sich das schwerste armierte Schiff ihnen gegenüber in der Rolle des kraftlosfrohen, mit einem Knüttel bewaffneten Goliath, den ein kleiner, flinker David aus schützender Entfernung mit einem Stein erlegt. Ueber das Demoralisierende eines derart unberechenbaren Angriffes, ja seine bloße Möglichkeit vermögen keine rhetorischen Phrasen hinwegzutäuschen. Den oft bewiesenen Mut und die Tüchtigkeit der englischen Seeleute, ja überhaupt der Seeleute, in Ehren, aber hier, wo es sich um einen so ungleichen Kampf handelt, um den Angriff eines unsichtbaren Feindes, dürfte auch die opferbereiteste Tapferkeit auf die Dauer versagen, von den neutralen Seeleuten gar nicht zu sprechen, die durch die deutsche Maßnahme den gleichen Gefahren wie die Seeleute der kriegsführenden ausgesetzt sind, ohne an dem Bewußtsein, eine vaterländische Pflicht zu haben, eine Rückenfürsorge zu besitzen.“ (W. T. B.)

Schwere Kämpfe um die Höhe 185.

Berlin, 18. Febr. Die Franzosen zeigen sich durch die Wegnahme der wichtigen Höhe 185 heunruhigt. Ihre wiederholten Versuche, die verlorengegangenen Höhenstellungen wieder zu erobern, brachen blutig zusammen. Ein in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend vorgezogener Handgranatenangriff führte zu erbitterten Nahkämpfen, die trotz der Zähigkeit, mit der die Franzosen in die deutschen Stellungen einzudringen versuchten, zu keinerlei Ergebnis für den Angreifer führten. Am Sonnabend vormittag begannen die Franzosen, sich mit schweren Kalibern auf die neuen deutschen Stellungen einzuschließen. Zahlreiche französische Flugzeuge lenkten das Feuer. Am Nachmittag und besonders am Abend steigerte sich die französische Artillerietätigkeit, anscheinend durch rasch herangeführte Batterien unterstützt, zu großer Heftigkeit. Die deutschen Geschütze legten indessen eine so heftige und wirksame Feuerperre auf die französischen Stellungen, daß die Franzosen einen erneuten Angriff nicht wagten. Der französische Heeresbericht versucht den schweren Verlust zu verschleiern, indem er lediglich andeutet, daß es

den Deutschen mit Hilfe mehrerer Minenexplosionen gelungen sei, in einem vorspringenden Winkel westlich von Maison de Champagne einzudringen. Der vorspringende Winkel war indessen eine kunstvoll ausgebaute Höhenbastion, die weithin das Gelände beherrschte und einen Angelpunkt der französischen Champagnefront bildete. Bei dem Angriff eines deutschen Luftschiffes auf Hafen und Festung Boulogne wurden Brände in militärischen Anlagen beobachtet und ebenso gutliegende Treffer in den Hafenanlagen. (W. T. B.)

Türkische Lehrlinge in Deutschland.

Konstantinopel, 17. Februar. Nach dem „Osmanischen Lloyd“ werden durch Vermittlung der Deutsch-Türkischen Vereinigung und mit Hilfe deutscher Handelskammern 300 junge türkische Leute nach Deutschland gesandt werden zwecks Ausbildung durch Handwerker in kleinen Städten. Später sollen weitere 200 als Bergwerksschüler nach Deutschland gehen. Die Anregung hierzu ist von Enver Pascha ausgegangen. (W. T. B.)

Oertliches und Sächsisches.

Bretzig. Die Königl. Amtshauptmannschaft Kamenz gibt folgendes bekannt: Am 9. dieses Monats ist in Kleinwolmsdorf ein aus Großröhrsdorf stammender Hund, der nach bezirksärztlicher Untersuchung der Tollwut dringend verdächtig war, getötet worden. Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung vom 19. Dez. 1916 wird die Hundesperre bis mit 9. Mai 1917 verlängert.

Die Bekanntmachung vom 16. Februar 1917 über erhöhte Ausmahlung des Brotgetreides wird dahin abgeändert, daß sämtliches Brotgetreide (Weizen und Roggen) nicht nur zu 93 %, sondern mindestens bis zu 94 % auszumahlen ist. Im übrigen hat es bei dieser Bekanntmachung zu verbleiben. Der Kommunalverband der königlichen Amtshauptmannschaft Kamenz, am 17. Februar 1917.

(L. R.) Anbauzwang — Kartoffelbau.

Die „Sächs. Landw. Zeitschr.“, das Organ des Landeskulturrats, enthält folgenden Auszug: „In der Tagespresse wird gegenwärtig erneut die Frage der Einführung eines Anbauzwanges erörtert. Immer wieder begnügt man sich aber mit der Aufstellung der Forderung, ohne gleichzeitig auch den Weg der Durchführung zu zeigen. Der Anbauzwang besteht darin, jedem einzelnen Landwirt vorzuschreiben, wie er seinen Betrieb einzurichten, insbesondere wie er das Ackerland zu bestellen hat. In der Landwirtschaft schreibt die Natur den Verlauf der Erzeugung in hohem Grade vor, und es bleibt dem Betriebsleiter verhältnismäßig wenig Bewegungsfreiheit. Der Anbau der Kulturpflanzen, vor allem deren Aufeinanderfolge, ist stark abhängig von Boden und Klima. Außerdem üben einen großen Einfluß aus die Arbeiterverhältnisse, die Verkehrs- und Absatzverhältnisse, sowie die Kapitalkraft des Besitzers. Diese Faktoren sind überall verschieden und infolgedessen gleicht kein Betrieb dem andern. Für die Einrichtung der Betriebe lassen sich deshalb feste Grundsätze auch nur ganz im allgemeinen aufstellen. Die letzte Entscheidung muß immer von Fall zu Fall getroffen werden. Auch der Staat ist hier ziemlich machtlos, er muß Boden und Klima nehmen, wie sie sind. Nur in bescheidenem Maße und nur allmählich kann man durch Düngung und Bestellung verbessernd einwirken. Es ist weiter zu beachten, daß wir an keinem landwirtschaftlichen Erzeugnis Ueberfluß haben, daß aber auch sämtliches Ackerland bereits bebaut wird und nach einer Bundesratsverordnung bebaut werden muß. Wollen wir den Anbau einer Frucht vergrößern, so kann es

dennach nur auf Kosten einer anderen geschehen. Die Befürworter eines Anbauzwanges haben indes vielleicht weniger eine Vergrößerung der Anbaufläche einer Frucht im Auge, sie wollen vielmehr verhindern, daß der Anbau besonders wichtiger Feldfrüchte eine Einschränkung erfährt. Im Vordergrund steht gegenwärtig in dieser Beziehung die Kartoffel. Bedauerlicherweise hat deren Anbau im Königreich Sachsen 1916 einen nicht unerheblichen Rückgang erfahren. Für unsere Volksernährung ist die Kartoffel aber derart wichtig, daß unter keinen Umständen eine weitere Verminderung des Anbaues eintreten darf. Wir müssen vielmehr mit allen Mitteln dahin streben, den früheren Umfang der Anbaufläche wieder zu erreichen. Für den Staat wäre es allerdings das Einfachste und auch das Bequemste, vorzuschreiben, wieviel Kartoffeln jeder Betrieb anzubauen hat. Wenn er eine Gewähr dafür haben will, daß den Bestimmungen auch nachgekommen wird, so muß er freilich erst die Möglichkeit der Durchführung schaffen. Daran fehlt es jetzt noch. Neben dem ungünstigen Wetter ist die Hauptursache für den Rückgang des Kartoffelbaues im Vorjahre die Beschränkung der Saatgutmenge auf 16 Doppelzentner für den Hektar gewesen. Gutgeleitete Wirtschaften verwenden jedoch mindestens 25 Doppelzentner, andernfalls ist die Gefahr einer Mißernte viel zu groß. Um nicht zu wenig Saatgut zu verwenden, bleibt sonach dem Landwirt in solchen Fällen gar nichts anderes übrig, als eine kleinere Fläche zu bestellen. Im Königreich Sachsen ist nun im Gegensatz zu anderen Bundesstaaten bereits im Herbst angeordnet worden, daß den Erzeugern nur 20 Doppelzentner Saatkartoffeln für den Hektar zu belassen sind. Die Kommunalverbände haben dementsprechend alle Kartoffeln, die darüber hinaus vorhanden sind und die nicht zur Ernährung der Haus- und Wirtschaften angehören benötigt werden, abgefordert. Mit ziemlicher Sicherheit muß aber damit gerechnet werden, daß von den 20 Doppelzentnern im Frühjahr zur Zeit des Pflanzens nicht mehr die gleiche Menge vorrätig ist. Durch Fäulnis usw. kommt ein Teil in Abgang, so daß auch im Jahre 1917 nicht viel mehr Saatgut zur Verfügung steht, als 1916. Die naturnotwendige Folge jener behördlichen Anordnung wird also eine weitere Einschränkung der Kartoffel-anbaufläche sein müssen. Zahlreiche Landwirte versuchen nun, die fehlende Menge an Saatwaare von auswärts zu beschaffen. Nach dem Anfange der eingelaufenen Bestellungen zu urteilen, besteht überall die Absicht, dem Kartoffelbau die gebührende Aufmerksamkeit zuzuwenden. Aber auch hier verhindert es die Behörde, die Anbaufläche zu vergrößern. So fordern die Kommunalverbände vom Landwirt, daß er für zugekaufte Saatkartoffeln eine entsprechende Menge Speisekartoffeln abgibt. Es wird ihm damit jede Möglichkeit genommen, die frühere Fläche zu bestellen; an eine Erweiterung kann er überhaupt nicht denken. Ege man einen Anbauzwang denkt, möchte man deshalb wohl erst alle die Anordnungen beseitigen oder abändern, die eine Vergrößerung der Anbaufläche zur Unmöglichkeit machen. Wenn man dann noch dem Landwirt die Gewähr für einen angemessenen Speisekartoffelpreis im nächsten Erntejahre gibt, dann erübrigen sich besondere Maßnahmen wahrlich ganz. Wir werden also dann ohne Zwangsmaßregeln genug Speisekartoffeln haben und unsere Bevölkerung reichlicher als in diesem Jahr ernähren können. Aber Eile tut not, denn der Landwirt trifft bereits in den nächsten Wochen die Entscheidung darüber, wie er seinen Acker im Frühjahr bestellen will.“